

**Fraktion DIE LINKE im  
StädteRegionstag**  
Zollernstraße 10  
52070 Aachen

**DIE LINKE Fraktion** Zollernstraße 10 52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305  
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: [dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de](mailto:dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de)  
[www.dielinke-staedteregionstag.de](http://www.dielinke-staedteregionstag.de)

Büro: Zimmer E 178

**Pressemitteilung mit Bitte um Veröffentlichung  
Fraktion DIE LINKE stimmt gegen Modellprojekt Bürgerarbeit – Nachteile überwiegen**

Aachen, den 17. Juni 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ARGE der Städteregion möchte am sogenannten Interessensbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten der sogenannten „Bürgerarbeit“ teilnehmen. Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag spricht sich gegen eine solche Maßnahme aus und stimmte deshalb auf der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographischen Wandel am 16.6.2010 gegen einen entsprechenden Antrag.

Zwar würdigt die LINKE das in kurzer Zeit entstandene Bemühen der Städteregions-ARGE um ein Konzept. Dieses kann aber, so die Vertreterin der Linken im Sozialausschuss, Helga Ebel, die grundsätzlichen Bedenken gegen die „Bürgerarbeit“ nicht zerstreuen.

Zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist eine grundlegend andere Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik als bisher notwendig. Dazu gehört auch ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor. Dieser muss aber anders als die sogenannten Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) bzw. die „Bürgerarbeit“ den Ansprüchen sozialer Gerechtigkeit genügen. So muss eine öffentlich geförderte Erwerbstätigkeit zusätzlich und freiwillig sein, die Anforderungen eines ordentlichen Arbeitsverhältnisses erfüllen, tariflich bzw. ortsüblich entlohnt werden und voll sozialversicherungspflichtig sein - inklusive Beiträge für die Bundesagentur für Arbeit. Des Weiteren muss Entlohnung, die ihren Namen verdient, die Existenz eines Betroffenen sichern, ohne dass er nebenbei aufstockende Leistungen beantragen muss.

Beim jetzt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales angeschobenen Projekt „Bürgerarbeit“ sieht DIE LINKE diese Anforderungen nicht ausreichend erfüllt. So liegt ein Bruttoarbeitsentgelt von 900 € für eine 30-Stunden-Woche auf die Stundenzahl umgerechnet unter den Forderungen von DGB oder LINKE nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 bzw. 10 € brutto. Die zeitliche Begrenzung auf drei Jahre droht dafür zu sorgen, dass die in Bürgerarbeit Beschäftigten als „Niedriglöhner“ nach Ablauf des Projekts wieder in Hartz IV abrutschen. Unklar bleiben auch Umfang und Art der Aktivierung, die der eigentlichen Bürgerarbeit vorgeschaltet werden soll. Sinnvoller ist nach Aussage des sozialpolitischen Sprechers der Fraktion, Harald Siepman, die Ausweitung des bisherigen Programms „Job-Perspektive“, dessen Zugangsbedingungen als Schritt hin zu einer guten öffentlich geförderten Beschäftigung verbessert werden sollten.

Das Modellprojekt Bürgerarbeit mag für einige Zeit die Arbeitslosenstatistik schön machen, trägt aber dazu bei, den Druck auf Arbeitslose, jede Erwerbstätigkeit auch zu niedrigsten Löhnen anzunehmen, zu erhöhen. Den Betroffenen, die eine Beschäftigung im Rahmen der „Bürgerarbeit“ erhalten, mag zwar befristet das Gefühl vermittelt werden, wieder gebraucht zu werden. Jedoch droht den meisten wieder ein Absturz in Hartz IV, sobald das Projekt abgelaufen ist. Dies ist weder nachhaltig noch sozial gerecht.

Mit freundlichen Grüßen